SAZ Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
28. Jahrgang / Nr. 10
Oktober 2019
Preis: eine Spende
Nummer: 329
Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Thüringen solidarisch und nachhaltig gestalten Die Lebensgrundlagen sichern.

Foto: I. Burandt

Wir wollen ein Thüringen, in dem der soziale Zusammenhalt stark ist, in dem es gerecht zugeht, in dem sich die Menschen sicher fühlen. Das ist unser Kompass und so hat die Regierung von Bodo Ramelow dieses Land regiert. Das wollen wir auch zukünftig tun, zum Nutzen aller Menschen.

In Jena, Erfurt und Weimar steigen die **Mieten**, Wohnraum wird knapp. Deshalb frieren wir in diesen Städten die Mieten für fünf Jahre ein und verstärken den Bau preisgünstiger Wohnungen. Dazu schaffen wir eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, die auch den landesweit benötigten **altersgerechten Umbau** von Wohnungen voranbringt.

Wir erhalten alle **Schulen** – wohnortnah und auch im Verbund. So gewährleisten wir auch auf dem Land gute Bildung für alle Kinder. Für gute Bildung auch schon vor der Schule stellen wir den **Kindergarten** komplett beitragsfrei und verbessern die Qualität der Betreuung unserer Jüngsten.

Wir schaffen **Mobilität von Tür zu Tür**. Dafür verbinden wir Bahn, Bus, Straßenbahn aber auch Taxi, Car- und Fahrrad-Sharing, Ruf-Busse und Fahrdienste zu einem Thüringer Verkehrsverbund. Dabei fördern wir klimaneutrale Antriebe.

Wir stärken ein **Gesundheitsangebot**, das besonders den Anforderungen einer älter werdenden Bevölkerung gerecht wird. Dafür werden wir das wohnortnahe Krankenhaus, die ambulante Versorgung und die Altersmedizin miteinander verbinden.

Gute Pflege bei Krankheit und im Alter werden wir zu einer Selbstverständlichkeit in Thüringen machen. Dazu setzen wir uns ein für mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern und eine bessere Entlohnung in der Altenpflege. Das ist gut für die Patientinnen und Patienten und auch für die Beschäftigten.

Die Wirtschaft in Thüringen entwickelt sich, die Arbeitslosigkeit sinkt. Auf diesem Weg werden wir weitergehen. Aber Ostdeutsche, auch die Thüringerinnen und Thüringer, werden bei der Rente, beim Lohn und bei Führungsposten auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer benachteiligt. Damit muss endlich Schluss sein. Wir werden weiter dafür streiten, dass auch in Thüringen die Menschen von ihren Löhnen leben können. Wir setzen uns ein für wirksame Schritte zur **Angleichung von Renten und Löhnen an das Niveau in Westdeutschland und für mehr Ostdeutsche in Führungspositionen**.

Und für die Menschen, die auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind, erproben wir eine neue Form der sozialen Grundsicherung in einem Modellprojekt.

Der **Thüringer Wald** ist die grüne Lebensader Thüringens und unser größter ökologischer Schatz. Die durch Trockenheit und Borkenkäfer entstandenen Schäden beseitigen wir schnellstmöglich. Dazu setzen wir ein großes Wiederaufforstungsprogramm auf.

Wir schützen die **natürlichen Lebensgrundlagen**, bewahren die bäuerliche Landwirtschaft und unterstützen die Anstrengungen der Bauern um nachhaltiges Wirtschaften. Spekulation mit Grund und Boden untersagen wir.

Garant für diese Politik ist der **Ministerpräsident Bodo Ramelow**. Eine von Bodo Ramelow geführte Regierung stellt sicher, dass die Politik in Thüringen weiterhin von einem solidarischen Miteinander und von Sicherheit geprägt sein wird.

Sie, liebe Thüringerinnen und Thüringer, haben es in der Hand, dass wir diesen Weg fortsetzen können: mit Ihrer **Erst- und Zweitstimme für die LINKE zur Landtagswahl am 27. Oktober 2019.**

Gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für alle!

Wir wollen, dass alle in Thüringen lebenden Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor einem sozialen Absturz haben müssen.

Gute Löhne, Gute Arbeit

Ein sozialer Arbeitsmarkt ist notwendig und sinnvoll. Als Folge der 24-jährigen Regierungspolitik der CDU ist immer noch jeder dritte Arbeitnehmer in Thüringen prekär beschäftigt. Obwohl der landespolitische Einfluss auf Unternehmensentscheidungen und Lohnpolitik begrenzt ist, hat DIE LINKE gehandelt und die Verantwortung übernommen, die Unternehmen nicht tragen.

- **5,3 % Arbeitslosenquote im August 2019**
- **22.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs seit 2014**
- **8,9 % Steigerung des Bruttolohns seit 2014. Bundesweit waren es 6,5 %**
- **1.000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze im gemeinwohlorientierten Bereich geschaffen**

Die Wirtschaft in Thüringen floriert und befindet sich im Aufschwung. Gleichzeitig gibt es immer noch viele Menschen die im Niedriglohnsektor arbeiten, in prekären Verhältnissen beschäftigt sind oder keine Arbeit finden. DIE LINKE.Thüringen findet das inakzeptabel. Wir stehen für eine diskriminierungsfreie Teilhabe am Arbeitsmarkt, angemessene Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und Chancengleichheit für alle. Nur aus guter Arbeit entsteht wirtschaftliche Entwicklung und Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand. Unser Ziel ist ein sozial-ökologischer Aufbruch: für nachhaltiges Wirtschaften und gegen Ausgrenzung in jeder Form. Die Zeiten, in denen für Thüringen als Niedriglohnland geworben wurde, lassen wir endgültig hinter uns. Deshalb fördern wir das Wachstum unserer Unternehmen und ihre Vernetzung global und lokal, helfen bei der Nachfolgeregelung und Unternehmensgründung und unterstützen die Kommunen beim nachhaltigen Wirtschaften. Kein Bürger Thüringens soll sich von Armut und sozialem Absturz bedroht sehen. Deshalb kämpfen wir gegen jegliche Art von Sozialabbau. Die Würde des Menschen ist der Kompass unserer sozialen Politik. Gute Arbeit muss angemessen entlohnt werden. Wir stehen für eine deutliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde und dafür, dass Leiharbeit genauso bezahlt wird wie unbefristete Beschäftigungen. Tarifbindungen und Gewerkschaften müssen gestärkt und die Löhne im Osten denen im Westen angeglichen werden. Hartz IV muss durch eine Grundsicherung abgelöst werden, die zum Leben reicht. Gleiche Chancen für alle zu gewährleisten heißt auch, ländliche Strukturen in ihrer Entwicklung zu fördern und zu stärken. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Dazu gehören ein lebendiges Gemeinwesen, kulturelle Angebote und eine gute Anbindung an die Städte. Kleinstunternehmen im ländlichen Raum werden gefördert, ebenso wie lokale Initiativen. Die demografische Entwicklung wird als Chance zur Um- und Neugestaltung verstanden. Eine entsprechende Sozialplanung soll ein gutes Zusammenleben der Generationen fördern und die Attraktivität des ländlichen Raumes für Familien erhöhen. Eine gute Bildung ist die absolute Grundlage nicht nur für die Teilhabe am Arbeitsmarkt, sondern auch für Selbstverwirklichung und Emanzipation jedes Einzelnen. **Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht.** Deshalb muss jede und jeder die Möglichkeit haben, sich Bildung und Kultur aneignen zu können. Kein Schüler und keine Schülerin Thüringens soll die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir halten an unseren Zielen des wohnortnahen längeren gemeinsamen Lernens und des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen fest. Wichtig dabei ist zusätzliche individuelle Förderung und der Ausbau bereits erprobter Formen praxisorientierten Lernens. Wir fordern kurze Wege für kurze Beine und wollen flächendeckend Kindergärten und Schulen, damit Bildung allen Kindern überall zuteil wird. Dabei soll jedes Kind die besten Entwicklungsmöglichkeiten bekommen, unabhängig davon, wie dick das Portemonnaie der Eltern ist.

Was hat DIE LINKE für die soziale Unterstützung von Arbeitslosen getan?

Unter Rot-Rot-Grün ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kontinuierlich angestiegen. In zahlreichen Bundesratsinitiativen haben wir uns für die Überwindung des Hartz-IV-Systems eingesetzt. Mit dem Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ und der Integrationsrichtlinie haben wir 5200 Menschen auf dem Weg in eine existenzsichernde Beschäftigung unterstützt.

Was tut DIE LINKE für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen Beschäftigter?

Im Bundesrat setzen wir uns für bessere gesetzliche Vorgaben für Beschäftigte ein. Wir stehen für das Ende von Niedriglöhnen, des geschlechtsspezifischen Lohngefälles Werkverträgen, Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen. Mit der Errichtung einer Arbeitskammer soll die Arbeitnehmerschaft Thüringens eine Interessenvertretung in Verbindung zu Politik und Wirtschaft erhalten

Alle reden von Digitalisierung und „Industrie 4.0“: was bedeutet das für die Arbeitswelt der Zukunft?

Die Digitalisierung bietet Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung, die aber mit wesentlichen Veränderungen der Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen verbunden sind. DIE LINKE wird sich einmischen, damit Beschäftigte von den neuen Möglichkeiten profitieren, statt schärfere Ausbeutung zu erleiden. Das bedeutet Vorrang für Weiterbildung, Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen. Zahlreiche Projekte für Fort- und Weiterbildung im digitalen Zeitalter werden gefördert.

Was tut DIE LINKE gegen den Fachkräftemangel?

Mit der „Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung“ haben wir in einem Bündnis Partnerinnen und Partner aus Berufsbildung, Wirtschaft und Arbeit zusammengeführt, um gemeinsam Strategien und Lösungen zu entwickeln. Mehrere Millionen Euro pro Jahr werden in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen investiert, um Menschen mit und ohne Beschäftigung für neue Tätigkeiten zu qualifizieren. Das neue Schulgesetz schreibt Berufsorientierung verbindlich fest. Die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung wird derzeit weiterentwickelt, um Fachkräfte und Ausbildungsorientierte zu gewinnen.

Was tut DIE LINKE für die Langzeitarbeitslosen?

Wir unterstützen Initiativen der Selbstvertretung von arbeitslosen Menschen, unter anderem das Thüringer Arbeitslosenparlament, die regelmäßigen Hart-IV-Mahnwachen und den Runden Tisch der sozialen Verantwortung. Mit der Gemeinwohlarbeit haben wir einen sozialen Arbeitsmarkt für mehr als 1300 Menschen, die vorher langzeitarbeitslos waren. Dieses Instrument wollen wir fortsetzen, verbessern und ausbauen. Die Gemeinwohlarbeit wird mit Kommunen und freien Trägern weiterentwickelt. Integrationsbetriebe und andere Unternehmen werden unterstützt um Menschen mit Beeinträchtigungen eine Erwerbsperspektive zu ermöglichen.

Liebe Wählerinnen und Wähler

Wenn am 27.Oktober der neue Thüringer Landtag gewählt wird, entscheiden Sie mit, ob weiterhin die Zukunft von LINKS gestaltet wird oder der Stillstand aus dem Rechten Lager verwaltet wird. Mit Bodo Ramelow hat Thüringen den bisher beliebtesten und erfolgreichsten Ministerpräsidenten seit der Wiedervereinigung. Ich möchte dabei sein, wenn diese Landesregierung in den kommenden Jahren die Weichen für die Zukunft stellt.

Ich, Philipp Weltzien, wurde 1987 in Suhl geboren und arbeite als Informatiker. Seit über zehn Jahren darf ich im Suhler Stadtrat die Geschicke der Stadt mitgestalten. Seit mehr als sechs Jahren leite ich außerdem die Stadtratsfraktion der LINKEN. Diese Erfahrungen der Kommunalpolitik gilt es jetzt im Thüringer Landtag einzubringen. Dazu bitte ich Sie um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen.

Als starke Stimme aus dem Thüringer Süden möchte ich mich für folgende Schwerpunkte in Erfurt einsetzen:

1. Stadtentwicklung für Jedermann

Als langjähriges Mitglied des Suhler Stadtentwicklungsausschusses kenne ich die Besonderheiten unserer Region nur zu gut. Eine große Herausforderung der Zukunft wird die Wohnraumentwicklung in den Zentren sein, ohne dabei den ländlichen Raum zu vergessen. Wir werden Wohnungen für jedes Bedürfnis brauchen: Sei es die kleine Single-Wohnung für Alleinstehende, die barrierefreie Wohnung oder die große Wohnung für WGs – alles muss verfügbar sein und vor allem bezahlbar bleiben.

2. Nahverkehr der Zukunft – mit einem Ticket durch ganz Thüringen

Wer den modernen Personennahverkehr voranbringen will, muss die individuellen Hürden abbauen. Dazu sind gemeinsame Tarifsysteme und aufeinander abgestimmte Fahrpläne und Streckennetze dringend notwendig. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es für ganz Thüringen einen Verkehrsverbund gibt, mit einem einheitlichen Tarifsystem und einer hohen Vertaktung von Bus und Bahn. Nur so kann Mobilität im Sinne des Klimaschutzes nachhaltig funktionieren.

3. Tourismus über die Landkreisgrenzen hinaus denken

Die touristische Vermarktung des Thüringer Waldes und des Rennsteiges hat sich in den letzten Jahren zu wenig weiterentwickelt. Weiterhin fehlen Angebote, die den Urlaubern Mehrwerte bieten. Das Rennsteigticket war und ist ein sehr guter erster Ansatz. Das gilt es weiter auszubauen und die beteiligten Busbetriebe zu erweitern. Größtes Hemmnis waren bisher immer die Kreisgrenzen der südlichen Landkreise. Im Zuge der Bildung eines Oberzentrums muss diese neue Kraft dazu genutzt werden, die Gräben zwischen den Landkreisen zu schließen und zusammen zu arbeiten für die gemeinsame Vermarktung unserer schönen Region. Nur gemeinsam werden wir die Impulse, die von den Weltmeisterschaften im Biathlon und Rodeln 2022/23 ausgehen, nutzen können.

4. Jugendpolitik aus Leidenschaft

Als junger Mensch sieht man seine Stadt und seine Region mit ganz anderen Augen. Mit über zwölf Jahren jugendpolitischer Erfahrung werde ich diesen Blick in die Landespolitik einbringen. Eine Herzensangelegenheit ist es mir, der Jugend vor Ort – in Suhl, Zella-Mehlis und Oberhof – eine noch stärkere Stimme zu geben. Die gegebenen Möglichkeiten der Mitbestimmung reichen oftmals noch nicht aus.

5. Digitalisierung gelingen lassen

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft schreitet voran. Als Informatiker will ich sicherstellen, dass der Fortschritt zuerst den Menschen zugute kommt. Eine zwingende Voraussetzung dafür ist ein umfassender Breitbandausbau, der niemanden vergisst. Daher unterstütze ich die Glasfaserstrategie der Landesregierung. Mit der Glasfaserstrategie bekennen wir uns zum Informationsträger der Zukunft. Anschlüsse im Gigabitbereich erhalten Gewerbegebiete und Unternehmen bis 2022, alle Bildungseinrichtungen bis 2023, alle Verwaltungseinrichtungen bis 2024 und spätestens 2025 auch alle anderen Gebäude. Statt Insellösungen zu schaffen, werden Anliegerinnen und Anlieger sofort mit angebunden. Als ideale Ergänzung dazu braucht es eine rasche Förderung des neuen 5G-Standards, der als Kurzstreckenfunk vor allem in den Bereichen Industrie und autonomes Fahren von hoher Bedeutung ist.

Ein wichtiges Anliegen ist mir die Weiterentwicklung der Digitalen Verwaltung. Dazu werden bis zum Jahr 2022 80 Millionen Euro für die Thüringer Kommunen bereitgestellt. Von diesen Verschlankungen der Verwaltungsabläufe profitiert am Ende jede Bürgerin und jeder Bürger.

Ihr Philipp Weltzien

Bildung beitragsfrei – wir fangen an!

Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten. Das gilt von Anfang an. Darum setzt sich DIE LINKE. Thüringen dafür ein, die frühkindliche Bildung Schritt für Schritt gebührenfrei zu machen. Damit Kindergärten wirklich allen offen stehen, darf ihr Besuch nicht an Beiträge geknüpft sein.

Wir wollen die Qualität der Betreuung verbessern. Damit jedes Kind die Zuwendung bekommt, die es für seine gute Entwicklung benötigt, stellen wir mehr Kindergärtnerinnen und Kindergärtner ein. Hierfür müssen auch die Aus-, Fort- und Weiterbildungsbedingungen des Personals im Bereich der frühkindlichen Bildung verbessert werden. Im Sinne des Thüringer Bildungsplanes müssen Kindergärten und Schulen enger zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass jedes Kind gut in die Schule starten kann.

Im Bereich frühkindlicher Bildung konnte DIE LINKE. Thüringen in der vergangenen Legislaturperiode bereits viel bewegen. **Zu Beginn des Jahres 2018 haben wir das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt.** Der Betreuungsschlüssel für die 3- bis 4-jährigen Kinder konnte in zwei Schritten auf 12 Kinder pro Erzieherin/Erzieher verbessert werden, wofür 550 zusätzliche Stellen in den Kindergärten geschaffen wurden.

Zudem wurden größeren Kindergärten und Kindertagesstätten seit 2018 bis zu anderthalb Stellen für Leitungsarbeit zusätzlich zur Verfügung gestellt, um die Qualität der pädagogischen Arbeit zu stärken. Auch die fachliche Beratung und Betreuung der Arbeit in den Kindertagesstätten wurde verbessert.

Diesen Weg gilt es fortzusetzen. Bereits für 2020 haben wir auch das vorletzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. Bis 2025 wollen wir die vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen durchsetzen. Wir werden die Qualität der Betreuung in den Kindergärten und Kindertagesstätten weiter steigern und dazu auch den Betreuungsschlüssel verbessern.

Um die drängende Reform von Erzieherinnen und Erziehern anzugehen, werden wir die Befreiung der Erzieherinnenausbildung vom Schulgeld, die Verkürzung der Gesamtausbildungsdauer auf weniger als 5 Jahre sowie die Einführung einer nach dem Vorbild der dualen Ausbildung organisierten und mit tariflichem Entgelt ausgestatteten praxisintegrierten Ausbildung durchsetzen.

Wir machen Bildung. Nicht nur Schule.

Rot-Rot-Grün beendet Stellenabbaupfad der CDU-Vorgängerregierung.

Der folgenreiche Personalabbau der Vorgängerregierung führte zu einem Lehrermangel vor allem im ländlichen Raum. Um diesem entgegen zu wirken hat die Rot-Rot-Grüne Landesregierung zwischen 2014 und 2019 eine beispiellose Lehrergewinnungskampagne und ein Schulinvestitionsprogramm in noch nie dagewesener Höhe gestartet.

- **3500 Lehrerinnen und Lehrer wurden und werden von 2014 bis 2019 neu eingestellt – 1200 neue Lehrerinnen und Lehrer allein im Jahr 2019**
- **300 zusätzliche Stellen in Schulhorten geschaffen**
- **400 Millionen Euro zur Unterstützung der Kommunen bei Schulinvestitionen**

Die Welt wird jeden Tag komplizierter. Und alles ist im Fluss. Was gestern noch galt, kann heute schon überholt sein.

Wer da nicht untergehen will und selbstbestimmt sein Leben leben möchte, muss sich auskennen. Und was für das eigene Leben gilt, gilt auch für unser Zusammenleben.

Wenn wir mitentscheiden und mitgestalten wollen, wie unsere Gesellschaft aussieht und welche Regeln gelten, müssen wir wissen, was wie womit zusammenhängt. Wie funktioniert Wirtschaft? Was können wir für das Klima tun? Wie verändert das Internet die Art unserer Arbeit? Warum gelten welche Gesetze und wie können wir sie verändern? Und vieles mehr.

Kindergärten, Schule, Berufsausbildung, Studium, Erwachsenenbildung – das sind die Eckpfeiler der Bildung. Aber sie sind nicht in Stein gemeißelt. Wir müssen sie beständig weiterentwickeln, damit sie ihre Aufgaben auch weiterhin erfüllen können:

- Wir erhalten alle Schulen. Weil kurze Beine kurze Wege brauchen. Damit das gelingt, fördern wir die Kooperation von Schulen. Sie ermöglicht ausreichend Lehrkräfte auch an kleinen Schulen. Zusätzlich stellen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer ein. Damit auch der Unterricht stattfindet, der im Lehrplan steht. Und weil Kinder unterschiedlich sind, sichern wir auch eine individuelle Betreuung und stellen dafür mehr sonderpädagogisches Personal und mehr Fachkräfte für Schulsozialarbeit ein.
- Einen Beruf zu erlernen bedeutet auch, sich Lebensperspektiven zu erschließen. Damit das allen Jugendlichen offen steht, wollen wir die Berufsausbildung von finanziellen Hürden befreien. Deshalb werden wir Schulgebühren abschaffen. Stattdessen führen wir für vollzeitschulische Ausbildungen ein Landesausbildungsentgelt ein, machen das Azubi-Ticket für die Azubis kostenfrei und kämpfen im Bund für einen allgemeingültigen Ausbildungsmindestlohn.
- Um erfolgreich zu studieren, braucht es gute Studienbedingungen: Mitbestimmung an der Hochschule, kostengünstiges Wohnen und qualifizierte Lehrkräfte, die zu guten Bedingungen arbeiten. Deshalb werden wir weitere Verbesserungen durchsetzen: Lernmaterialien bezuschussen, Langzeitstudiengebühren abschaffen, Hochschulzugang für Menschen mit Behinderung und geflüchtete Menschen erleichtern. Für studentische Beschäftigte an den Hochschulen wollen wir einen Tarifvertrag, der unter anderem einen Mindestlohn und Mindestvertragslaufzeiten festlegt. Im Bund machen wir Druck für die Einführung eines elternunabhängigen BAFöG in Höhe von 1.050 Euro monatlich.
- Die Welt dreht sich weiter – auch nach Ausbildung und Studium. Erwachsenenbildung ist daher unverzichtbar: um zu verstehen, um beruflich Anschluss zu halten, um sich nach den eigenen Wünschen weiterzuentwickeln. Aus diesem Grund werden wir auch für Beschäftigte in kleinen Betrieben und Auszubildende die Möglichkeit der Bildungsfreistellung schaffen. Wir werden Bildungsangebote zu Demokratie dauerhaft finanzieren und eine Weiterbildungsprämie für Menschen mit niedrigem Einkommen einführen. Wir werden den Zugang zu Erwachsenenbildung erleichtern über elektronische und mobile Angebote vor Ort.

Mit einem Wort: wir brauchen Wissen, wir müssen uns bilden. Das gilt für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Das Kind der Verkäuferin muss die gleichen Chancen haben wie das Kind des Professors. Deshalb ist der LINKEN Bildung so wichtig.

Straßenausbaubeiträge: Nach 27 Jahren endlich abgeschafft

Die Straßenausbaubeiträge sind mit Wirkung zum 1. Januar 2019 abgeschafft. Entscheidend für den Stichtag ist das Entstehen der sogenannten sachlichen Beitragspflicht, laut ständiger Rechtsprechung der Zeitpunkt des Eingangs der unternehmerischen Schlussrechnung und damit dem Bekanntsein aller umlagefähigen Kosten. Sollten Beitragspflichtige im Jahr 2019 Vorauszahlung auf Beiträge entrichtet haben, erfolgt eine Rückerstattung.

• Für alle laufenden und Straßenausbaumaßnahmen, die ab dem 1. Januar 2019 begonnen wurden, entfallen die Beiträge. Die Gemeinden erhalten vom Land als Ausgleich eine Erstattung der Beiträge.

• Um ein System, das seit 27 Jahren zur Anwendung kommt, abzuschaffen und dabei alle Wünsche und Forderungen der Betroffenen umzusetzen, war eine rechtssichere Lösung mit kalkulierbaren Auswirkungen auf den Landeshaushalt und die Haushalte der Städte und Gemeinden notwendig.

• Der Gesetzentwurf enthält eine Überprüfungsklausel, wonach das System dieser maßnahmenbezogenen pauschalierten Abrechnung nach dem 1. Januar 2025 überprüft werde.

• LINKE, SPD und Grüne haben zudem die Landesregierung aufgefordert, bis zum 30. Juni 2020 eine gesetzliche Härtefallklausel nach bayrischem Vorbild für bereits gezahlte Beiträge zu prüfen. Beiträge über 2.000 Euro würden dann zurückerstattet, wenn das Jahreseinkommen unter 100.000 Euro liegt.

• Die CDU hat sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge enthalten und keine Änderungsvorschläge in die Debatte eingebracht. Nach dem Beschluss zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Landtag verkündete sie dann, nach der Wahl alle Beiträge, die seit Beginn der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gezahlt worden sind, rückerstatten zu wollen.

• Dieser Vorschlag ist schon deshalb unglaubwürdig, da die CDU seit 1991 an der Erhebung von Beiträgen festgehalten hat. Die CDU setzt im Wahlkampf auf nicht finanzierbare und rechtlich uneinlösbare Versprechen. Mit einer vollständigen Rückerstattung wären Kosten für das Land in Höhe von zirka 600 Millionen Euro verbunden. Eine Rückerstattung ist aber auch praktisch nicht umsetzbar, da in der Regel die Gemeinden nach 10 Jahren die entsprechenden Akten vernichtet haben, so dass keine Unterlagen mehr vorhanden sind, um den möglichen Erstattungsbetrag und die Erstattungsberechtigten zu ermitteln.

Wir haben eine rechtssichere und finanzierbare Lösung gefunden und die Straßenausbaubeiträge für die Zukunft endgültig abgeschafft.

Keine Rendite mit der Miete

Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den wachsenden Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Hinzu kommen immer mehr ältere Menschen, die barrierefreien und preiswerten Wohnraum benötigen. Wir werden eine lebendige Stadtentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen Mischung fördern – ebenso wie eine vielfältige, bedarfsgerechte Infrastruktur.

Dazu brauchen wir eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene und ausreichend bezahlbare Wohnungen für alle Menschen. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert, sondern auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet. DIE LINKE. Thüringen orientiert sich auch ohne diese juristische Form an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung zu schaffen. Wir greifen dazu auf alle Instrumente zurück, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, um die Kommunen hierbei zu unterstützen.

Die beste Mietpreisbremse könnte weiterhin der genossenschaftliche und kommunale Wohnungsbau sowie der soziale Wohnungsbau sein. Sie dienen der Gemeinnützigkeit in Stadt und Land. Um diese Wirkung zu erzielen, müssen Kommunen eigene Wohnungsunternehmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums veranlassen. Mit Maßnahmen wie dem in Erfurt beschlossenen Baulandmodell, das privaten Investorinnen und Investoren über das Baurecht Vorgaben für den sozialen Wohnungsbau macht, können sie ihren Teil für bezahlbares Wohnen leisten.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat in den letzten fünf Jahren verschiedenste Förderprogramme
für barrierearmen oder -freien und bezahlbaren Wohnraum aufgelegt und gesetzliche Maßnahmen
im Bereich Wohnen ergriffen:

- Innenstadtstabilisierungsprogramm zur Schaffung von Mietwohnungen und Eigenwohnraum
- Programm zur Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen
- Thüringer Barriere-Reduzierungsprogramm – in ca. 4000 Wohnungen konnten mit diesem Programm Barrieren abgebaut werden
- Weiterentwicklung der Städtebauförderung mit Kofinanzierung aller Bundes- und EUProgramme
- Einführung der Mietpreisbremse in den Städten Erfurt und Jena

DIE LINKE. Thüringen wird die Wohnungspolitik weiter als Teil der Stadtentwicklung verstehen. Die Schaffung neuen Wohnraums und die Städtebauförderung wird DIE LINKE. Thüringen eng
miteinander verknüpfen. Auch in Zukunft werden wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen:

- Die finanziellen Mittel der Städtebauförderung werden wir für die Entwicklung der Wohnquartiere nutzen, um Städte attraktiv zu gestalten. Die Internationale Bauausstellung IBA wird mit ihren Projekten in Stadt und Land die Weiterentwicklung unterstützen.
- Europa- und Bundesprogramme werden wir weiterhin mit eigenen Mitteln kofinanzieren, damit die Kommunen Gestaltungsraum haben.
- Wir behalten uns vor, Immobilien, die ausschließlich als Spekulationsobjekte genutzt werden, zu vergesellschaften und der Allgemeinheit zuzuführen. Immobilienkonzerne, die ihr Eigentum nicht zum Wohle der Allgemeinheit nutzen, möchten wir enteignen.
- Wir werden die Förderinstrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen überprüfen und so gestalten, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer befreit werden können. So kann die Wohngemeinnützigkeit gestärkt und ausgebaut werden. Das bedeutet auch: kein Verkauf von kommunalem Eigentum.
- Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ist die Voraussetzung für eine neue Wohngemeinnützigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, dass Grundstücke im kommunalen Eigentum bleiben und wieder zurückgewonnen werden können. Für eine Limitierung der Grundstückspreise sind rechtssichere Wertermittlungsverfahren zwingende Voraussetzung. Eine entsprechende Änderung des Boden- und Planungsrechts ist notwendig, damit einer spekulativen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten Einhalt geboten werden kann. Auch das Vorkaufsrecht muss als Instrument für die Gewinnung von Bauland für Kommunen verbessert werden.
- Die Förderung von bezahlbarem barrierefreien Wohnraum, sowohl beim Neubau als auch beim Umbau, werden wir fortsetzen.
- Wir werden neue altersgerechte Wohnformen fördern und uns auf Bundesebene für eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung einsetzen. Wir werden Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entwickeln.

Umfassende medizinische Versorgung

Gesundheitsvorsorge und medizinische Versorgung bei Krankheit müssen allen Menschen zugänglich sein.

Krankenhäuser, Facharztquote, Versorgung im ländlichen Raum

In der Landesregierung haben wir dafür gesorgt, dass alle Krankenhäuser weiterhin Bestand haben und auskömmlich finanziert werden. Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum wird mit telemedizinischen Projekten und Netzwerken weiter verbessert. Hebammenleistungen in Thüringen werden erstmalig unterstützt.

- **3.000.000 Euro für Maßnahmen zur Gesundheitsförderung**
- **500.000 Euro für Hospiz- und Palliativarbeit**
- **450.000 Euro für Maßnahmen zur Verbesserung der häuslichen Pflege**

Im Bereich der gesundheitlichen Versorgung Thüringer Bürger und Bürgerinnen hat sich in den vergangenen 5 Jahren viel getan. Die flächendeckende stationäre medizinische Versorgung konnte durch den 7. Thüringer Krankenhausplan sichergestellt werden. Alle Krankenhäuser bestehen weiter und werden auskömmlich finanziert. Im Vergleich zur Vorgängerregierung wurden die Investitionen in Krankenhäuser um 50 % erhöht.

Durch die Einführung von Qualitäts- und Strukturanforderungen wie der Facharztquote wurde die Behandlungsqualität in Thüringens Krankenhäusern erhöht. Besonderes Augenmerk legte DIE LINKE.Thüringen auf die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. So werden Ärzte, die sich auf dem Land niederlassen, mit einem Förderprogramm sowie mit telemedizinischen Projekten und Netzwerken unterstützt. Auch die Hospiz- und Palliativarbeit wurden weiter gefördert und Mittel für eine zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle bereitgestellt. Durch die Etablierung einer Landesgesundheitskonferenz als ständige Institution und mit Weiterbildungs- und Fachveranstaltungen wird eine neue Kultur gemeinsamen Handelns im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention entwickelt.

Des Weiteren haben wir die Finanzierung der Kurorte verbessert und Gesundheit als Menschenrecht gestärkt. So wurde Bürokratie reduziert und eine diskriminierungsfreie medizinische Versorgung ermöglicht, zum Beispiel mit der Thüringer Gesundheitskarte für Geflüchtete, dem Ausbau der psychosozialen Betreuung und der Sicherstellung der medizinischen Versorgung für Menschen ohne Papiere.

An diese Erfolge wollen wir anknüpfen. So plädieren wir für eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle und eine Vollversicherung im Bereich der Pflege, um eine bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung im ambulanten wie stationären Bereich sicherzustellen. Dazu gehören angemessene Wartezeiten bei Ärztinnen und Ärzten einschließlich einer guten Notfallversorgung und ausreichende Kapazitäten in der Pflege und Psychotherapie.

Wir werden weiterhin Thüringens Krankenhäuser bei der Weiterentwicklung unterstützen, indem wir die positiven Erfahrungen der Facharztquote nutzen und durch Qualitätskriterien die Strukturqualität in den Krankenhäusern verbessern. Um dem Personalmangel entgegen zu wirken, erhöhen wir die Anzahl der Studienplätze für ein Medizinstudium, lockern die hohen Zulassungsbeschränkungen und erleichtern den Einstieg ins Studium für medizinisch vorgebildete Menschen.

Um eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger Thüringens zu ermöglichen, steht DIE LINKE.Thüringen zudem dafür, die Voraussetzungen für Telemedizin zu verbessern und dabei unter anderem die Fragen der Datensicherheit im Sinne der Patientinnen und Patienten zu klären, den öffentlichen Gesundheitsdienst gesetzlich zu stärken und die Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinweg zu fördern, die medizinische Versorgung älterer Menschen stärker in den Blick zu nehmen und das Thema Frauengesundheit in den Landesgesundheitszielen zu verankern.

Der Weltkindertag ist erstmals Feiertag: Sie haben es verdient

Der Weltkindertag am 20. September erinnert daran, dass Kinder besonders schützenswerte Bedürfnisse sowie soziale und politische Rechte haben. Kinder müssen in unserer Gesellschaft ernster genommen und an ihrer Gestaltung beteiligt werden.

Die UN-Kinderrechtskonvention gilt seit 1989 als Garant dafür, jedem Kind ein Aufwachsen in Würde und Sicherheit zu ermöglichen. Aber noch immer sind nicht alle der international anerkannten Kindergrundrechte in nationales Recht umgesetzt oder im Grundgesetz aufgenommen.

DIE LINKE hat sich die Stärkung dieser Rechte auf die Fahnen geschrieben und sich damit zum Ziel gesetzt:

- Aufnahme der UN-Kinderrechte in die Thüringer Verfassung.
- Einführung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene
- Keine Anrechnung des Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss oder die SGB II-Leistungen.
- Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Kindergarten-, Kita- und Schulessen von 19 auf 7 Prozent.
- Vollständige Gebührenfreiheit für den Kindergartenbesuch.
- Gesetzlich verpflichtende Festschreibung von Mitbestimmungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Thüringer Kommunalordnung.
- Einrichtung eines Landesbeteiligungsrates zur Selbstvertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen und Schaffung der Stelle eines Kinderbeauftragten.

In Thüringen ist der Weltkindertag am 20. September in diesem Jahr erstmals ein gesetzlicher Feiertag und wird dies auch bleiben. Der von LINKE, SPD und GRÜNE beschlossene Feiertag rückt die Rechte von Kindern in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Ohnehin war ein weiterer Feiertag für die Thüringerinnen und Thüringer längst überfällig, sie haben sich diesen Tag auch volkswirtschaftlich schon lange herausgearbeitet. Während in Bayern die Menschen an bis zu 14 Tagen im Jahr gesetzlich frei haben, sind es in Thüringen viele Jahre nur zehn gewesen. Und das, obwohl die Menschen hier nicht weniger arbeiten als anderenorts. Ganz im Gegenteil. In Thüringen arbeiteten die Menschen jedes Jahr über 100 Stunden mehr als ihre Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen. Und verdienten zudem deutlich weniger. Hinzu kommen jährlich 11,8 Millionen unbezahlte Überstunden – allein in Thüringen. Während die Produktivität über viele Jahre deutlich anstieg und mit ihr die Einnahmen der Unternehmen, entwickelten sich die Löhne im selben Zeitraum nur unterdurchschnittlich.

Der Feiertag in Thüringen ist damit sowohl ein Beitrag für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West als auch zur Umverteilung ungleich verteilter Einkommen. Er schafft mehr Zeit für die Familie, mehr Zeit für Kinder und mit Kindern.

Dass seine Premiere mit dem globalen Klimastreik von »fridays for future« zusammenfällt, ist Zufall, aber sehr passend. Wenn es um die Zukunft geht, geht es um Kinder. Und wenn wir über die Zukunft reden, reden wir über das Leben künftiger Generationen.

Filmempfehlung

Und der Zukunft zugewandt

D 2019 RE und DB: Peter Böhlich Die ergreifende Darstellung von Schicksalen in den frühen Jahren der DDR ist eine subtile Auseinandersetzung mit dem Stalinismus.

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer November-Ausgabe 2019 ist am 01.11.2019

Zu „Landtagswahl: Wer holt die Südthüringer Kreise?“ Freies Wort v. 26.08.2019*

„Man merkt die Absicht und ist verstimmt.“ In leicht abgewandelter Form hat sich eine Sentenz von Goethe („Tasso“) in eine kluge Lebenserfahrung und in ein Sprichwort verwandelt. So erging es mir, als ich die Be-/Ab-Wertung des langjährigen Engagements von Ina Leukefeld als (direkt gewählte) Landtagsabgeordnete las. Ich war nicht nur verstimmt, sondern auch entsetzt über die Unsachlichkeit und den spürbaren Hass uns Linken gegenüber bei diesen kurzen Formulierungen. Es zählt wohl nicht, wenn sich eine Politikerin fast rund um die Uhr den vielfältigen Problemen und Schwierigkeiten in unserem Freistaat Thüringen und besonders in ihrem Wahlkreis Suhl-Zella-Mehlis-Oberhof mit viel Herzblut und Eigeninitiative stellt und um Lösungsansätze kämpft? In allen gesellschaftlichen Bereichen und ganz besonders in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und Kultur hat sich Frau Leukefeld parteienübergreifend in zahlreichen Foren, Aktionen und Veranstaltungsreihen immer kompetente Diskussionspartner und Referenten geholt, die wertvolle Denkanstöße gaben und Wissen über wichtige Zusammenhänge und Hintergründe vermittelten. Das „Arbeitslosenfrühstück“ hat sie mit einer Zähigkeit bis heute durchgehalten und sich damit einem nach der „Wende“ gern verdrängten, ungeliebten Thema zugewandt. Als ihre Wegbegleiterin kann ich die „Rundumkeule“ Kripo-Spitzel einfach nicht stehen lassen.

Philipp Weltzien tritt in ihre großen Fußstapfen. Das weiß er. Er hat selbst aber inzwischen so viele wichtige Politik-Erfahrungen gesammelt und sich eine intelligente Sachkompetenz angeeignet, dass ich ihm absolut das Mandat zum Landtagsabgeordneten gönne und zutraue.

Als Bodo Ramelow der erste linke Ministerpräsident in Thüringen wurde, gab es starken Gegenwind, auch im „Freien Wort“. Das hat sich bei mir festgehakt: Es wurde prophezeit, nun stürzt alles zusammen. Es entsteht ein Chaos. Das ist ausgeblieben. Im Gegenteil: Ein linker Ministerpräsident nimmt in der Glaubwürdigkeit und Beliebtheit einen Spitzenplatz ein. Ist es nicht endlich an der Zeit, respektvoll miteinander umzugehen und Tatsachen anzuerkennen?

-Elisabeth Pfestorf-

* Freies Wort hat einen ähnlich formulierten Leserbrief nicht veröffentlicht

Termine für Oktober 2019

Fr	27.09.	09.30 Uhr	letztes Erwerbslosenfrühstück mit Ina, Kulturbaustelle
Fr	04.10.	15.00 Uhr	Mitgliederversammlung BO Imenauer Str., Volkssolidarität
Mo	07.10.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	08.10.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	09.10.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde mit Brigitte und Hella, Geschäftsstelle
Do	10.10.	19.00 Uhr	„Die rote Linie – Widerstand im Hambacher Forst“ Dokumentarfilm, D 2019, Kulturbaustelle Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und des Suhler Gesprächsforums Alternativ
Mo	14.10.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	15.10.	10–14 Uhr	Bürgersprechstunde mit Ina und Philipp am Dianabrunnen
		17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	16.10.	18.00 Uhr	Podiumsdiskussion der Zeitung „Freies Wort“ mit den Direktkandidaten im Wahlkreis Suhl / Zella-Mehlis / Oberhof, CCS, Saal Simson
Mi	23.10.	20.00 Uhr	Geschichte und Geschichten „Auf dem Roten Sofa“, CCS, Kultkeller Vampir
So	27.10.		Landtagswahl in Thüringen
		ab 18.00 Uhr	Wahlparty im Hotel Michel
Mi	30.10.	14.00 Uhr	AG Senioren, Seniorencafe, Geschäftsstelle
Mi	30.10.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle